

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 10 | 06.03.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Ausgabe

Zeitschrift für Energie- und Technikrecht (ZTR):

- > Die Rolle der Gerichte im Klimaschutzrecht (*Reinhard Schanda*)
- > Energiearmut im Lichte des Legislativpakets „Saubere Energie für alle Europäer“ (*Lena Gattringer*)
- > Der maschinell erstellte Bescheid (Teil I) (*Michael Denk*)
- > IP-Day 2019 – Tagungsbericht (*Daniela Petermair / Christoph Steindl*)
- > Stromtankstellenbetreiber unterliegen der Gewerbeordnung, nicht dem Elektrizitätsrecht (*Valentina Dorothea Eigner / Christian F. Schneider*)

Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl I 9/2020](#)

Kundmachung der Bundesministerin für EU und Verfassung betreffend die **Berichtigung von Verlautbarungen** im Bundesgesetzblatt

[BGBl II 74/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Verordnung betreffend die **Betriebsbeschränkung** oder **Schließung gewerblicher Unternehmungen** bei Auftreten von Infektionen mit SARS-CoV-2 („2019 neuartiges **Coronavirus**“) erlassen und die Verordnung des Bundesministeriums für soziale Verwaltung vom 26. Juni 1957 über die **Beförderung von Personen**, die mit übertragbaren Krankheiten behaftet oder solcher Krankheiten verdächtig sind, geändert wird

[BGBl II 76/2020](#)

Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Verordnung über die vorgezogene Lenkberechtigung für die Klasse B geändert wird (**4. Novelle zur FSG-VBV**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 62 v 02.03.2020, 1](#)

Verordnung (EU) 2020/283 des Rates vom 18. Februar 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 904/2010 im Hinblick auf die Stärkung der **Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden** bei der **Betrugsbekämpfung**

[ABI L 62 v 02.03.2020, 7](#)

Richtlinie (EU) 2020/284 des Rates vom 18. Februar 2020 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG im Hinblick auf die Einführung bestimmter **Anforderungen für Zahlungsdienstleister**

[ABI L 62 v 02.03.2020, 13](#)

Richtlinie (EU) 2020/285 des Rates vom 18. Februar 2020 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG über das gemeinsame **Mehrwertsteuersystem** in Bezug auf die **Sonderregelung für Kleinunternehmen** und der Verordnung (EU) Nr 904/2010 in Bezug auf die **Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden** und den Informationsaustausch zur Überwachung der ordnungsgemäßen Anwendung der Sonderregelung für Kleinunternehmen

[ABI L 64 v 03.03.2020, 3](#)

Protokoll zwischen der Europäischen Union, **Island** und dem Königreich **Norwegen** zum Übereinkommen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und der Republik Island und dem Königreich Norwegen über die Kriterien und Regelungen zur Bestimmung des **zuständigen Staates** für die Prüfung eines in einem Mitgliedstaat oder in Island oder Norwegen gestellten **Asylantrags** betreffend den Zugang zu Eurodac für Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungszwecke

[ABI L 67 v 05.03.2020, 34](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2020/357 der Kommission vom 4. März 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/395 in Bezug auf **Ballonpilotenlizenzen**

[ABI L 67 v 05.03.2020, 57](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2020/358 der Kommission vom 4. März 2020 zur Änderung der Durchführungsverordnung (EU) 2018/1976 in Bezug auf **Lizenzen für Segelflugzeugpiloten**

[ABI L 67 v 05.03.2020, 82](#)

Durchführungsverordnung (EU) 2020/359 der Kommission vom 4. März 2020 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1178/2011 zur **Festlegung technischer Vorschriften** und von Verwaltungsverfahren in Bezug auf das **fliegende Personal** in der **Zivilluftfahrt** gemäß der Verordnung (EG) Nr. 216/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

24.09.2019, [A 12/2019](#)

GlücksspielG; **GebührenG**; Zurückweisung einer **Staatshaftungsklage** mangels Erkennbarkeit eines offenkundigen Verstoßes der Rsp des VwGH gegen das Unionsrecht betreffend die **Glücksspielabgabe**

24.02.2020, [W II 1/2020](#)

Ktn Allgemeine GemeindeO; Stattgabe des Antrags eines Gemeinderats auf **Verlustigerklärung eines Gemeinderatsmitglieds** auf Grund Fernbleibens von Sitzungen des Gemeinderats ohne triftigen Grund

03.03.2020, [UA 1/2020](#)

VerfahrensO für parlamentarische Untersuchungsausschüsse; Rechtswidrigkeit des von Nationalratsabgeordneten der SPÖ und Neos angefochtene Beschlusses des Geschäftsordnungsausschusses vom 22. Jänner 2020, welcher das Verlangen auf Einsetzung des „**Ibiza-Untersuchungsausschusses**“ für teilweise unzulässig erklärt; selbständige Gewichtung des verfolgten politischen Anliegen und eigenständige Gestaltung des Gegenstands des Untersuchungsausschusses durch den Geschäftsordnungsausschuss

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

17.12.2019, [Ro 2018/04/0012](#)

UVP-G; nach § 3 Abs 2 UVP-G idF BGBl I 58/2017 sind bei der Beurteilung der umweltrelevanten Auswirkungen iRe **Einzel-fallprüfung** nicht nur bestehende oder genehmigte, sondern auch Vorhaben zu berücksichtigen, die mit vollständigem Antrag auf Genehmigung bei der Behörde früher eingereicht oder nach §§ 4 oder 5 leg cit früher beantragt wurden; im Genehmigungsantrag aufgenommene Ausgleichsmaßnahmen bzw behördlich vorgeschriebene Ausgleichsmaßnahmen sind in Bezug auf bereits genehmigte, aber noch nicht errichtete Vorhaben in die Beurteilung einzubeziehen; die Kumulationsregelung in § 3 Abs 2 leg cit wurde durch die Novelle BGBl I 58/2017 demnach um eine **zeitliche Komponente** erweitert

23.12.2019, [Ra 2019/01/0397](#)

StaatsbürgerschaftsG; **FührerscheinG**; für eine Verneinung des **Verleihungshindernisses** des § 10 Abs 1 Z 6 StaatsbürgerschaftsG ist ein längeres Wohlverhalten des Fremden seit einem nach § 10 Abs 1 Z 6 leg cit relevanten Fehlverhalten zu verlangen; das „ehrlche Bereuen“ des Einbürgerungswerbers vermag an der Notwendigkeit eines längeren Wohlverhaltens – insb vor dem Hintergrund des Lenkens eines Kraftfahrzeugs ohne Berechtigung – nichts zu ändern

27.01.2020, [Ro 2018/04/0018](#)

Nö ElektrizitätswesenG; die Berücksichtigung von Störfällen im Genehmigungsverfahren, die iRd Betriebs auf Grund einer unzureichenden Technologie regelmäßig und vorhersehbar auftreten, sprechen für die **Berücksichtigung von Eisabfall von einer Windkraftanlage**, da es sich bei Eisabfall ebenso um eine typischerweise mit dem Betrieb eines Windrads einhergehende Gefahr handelt; daran zeigt sich, dass eine mit der Errichtung oder dem Betrieb einer Anlage typischerweise verbundene Gefahr nicht mit einer Gefahr gleichgesetzt werden kann, die „üblicherweise“ von einem Bauwerk ausgeht und somit außer Betracht zu bleiben hat, weil dies dazu führen würde, dass Gefahren ungeachtet ihrer Schadensgeneigtheit bloß aufgrund ihrer Vorhersehbarkeit als von den Nachbarn hinzunehmend zu qualifizieren wären

28.01.2020, [Ko 2019/03/0003](#)

ÄrzteG; **VwGG**; der Beschluss des Präsidenten der Österreichischen Ärztekammer über die Streichung aus der Ärzteliste wird als Tätigwerden im übertragenen Wirkungsbereich der Österreichischen Ärztekammer in unmittelbarer Unterordnung unter den zuständigen Bundesminister und damit als Tätigwerden in einer Angelegenheit der Vollziehung des Bundes, die unmittelbar von einer Bundesbehörde besorgt wird, qualifiziert; gleiches hat für den Fall der **Eintragung in die Ärzteliste** zu gelten; über eine dagegen erhobene Beschwerde entscheidet das BVwG

28.01.2020, [Ra 2019/03/0076](#)

EisenbahnkreuzungsVO; wird die Sicherung durch Lichtzeichen mit Schranken iSd § 4 Abs 1 Z 4 iVm § 38 Abs 1 EisenbahnkreuzungsVO angeordnet, so ist gleichzeitig die Ausführungsart (Voll- oder Halbschranken) festzulegen; bei Vorliegen der in § 38 Abs 3 erster Satz leg cit normierten Voraussetzungen ist zugleich auszusprechen, dass die Sicherungsanlage als Vollschranken ausgeführt werden und dass die Schrankenbäume von vier- oder mehrteiligen Schrankenanlagen versetzt zu schließen sind; die Anordnung der Sicherung durch Lichtzeichen mit Schranken ist daher notwendige Voraussetzung und damit Grundlage für die Festlegung, wie diese Sicherungsanlage auszuführen ist; demnach ist kein Abspruch nach § 4 Abs 2 leg cit möglich, ohne dass zuvor die Sicherung als solche nach § 4 Abs 1 Z 4 leg cit festgelegt wurde; es handelt sich um **voneinander nicht trennbare Absprüche**

28.01.2020, [Ra 2019/03/0121](#)

Tir JagdG; Voraussetzung für die Feststellung eines Eigenjagd- wie auch Genossenschaftsjagdgebiets ist der Zusammenhang der das Jagdgebiet bildenden Grundflächen; sowohl § 5 Abs 1, 4 und 5 Tir JagdG (für **Eigenjagdgebiete**) als auch § 6 leg cit

(für **Genossenschaftsjagdgebiete**) verlangen, dass es sich um „**zusammenhängende**“ **Flächen** handelt bzw dass diese „zusammenhängen“ (§ 9 Abs 1 leg cit); obwohl nur § 6 Abs 1 leg cit auf die Definition des jagdrechtlichen Zusammenhangs in § 9 leg cit verweist, ist davon auszugehen, dass auch für Eigenjagdgebiete der erforderliche Zusammenhang an § 9 leg cit zu messen ist

29.01.2020, [Ra 2018/08/0028](#)

ASVG; es besteht keine **Pflichtversicherung nach § 4 Abs 4 ASVG** aufgrund eines zwischen einem Motorcross-Rennfahrer und einem Motorradhersteller abgeschlossenen **Sponsorvertrags**; § 4 Abs 4 leg cit verlangt die Erbringung von Dienstleistungen durch einen Dienstnehmer für einen Dienstgeber innerhalb seines Geschäftsbetriebs gegen Entgelt; bei einem Sponsorvertrag mit einem Sportler wird typischerweise von einem Sponsor eine Leistung in Form von Geld- oder Sachmitteln erbracht; die Gegenleistung des Sportlers besteht regelmäßig in der Zurverfügungstellung von Werbung, nicht aber in der Erbringung einer Dienstleistung, sodass schon deshalb kein freier Dienstvertrag in Betracht kommt

13.02.2020, [Ra 2018/01/0159](#)

StaatsbürgerschaftsG; Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH hinsichtlich der Frage, ob die Situation einer natürlichen Person, die auf ihre Staatsangehörigkeit zu einem einzigen Mitgliedstaat der EU und somit auf ihre **Unionsbürgerschaft verzichtet** hat, um die Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaats entsprechend der Zusicherung der von ihr beantragten Verleihung der Staatsangehörigkeit des anderen Mitgliedstaats zu erlangen, und deren Möglichkeit, die **Unionsbürgerschaft wiederzuerlangen**, nachfolgend durch den Widerruf dieser Zusicherung beseitigt wird, ihrem Wesen und ihren Folgen nach unter das Unionsrecht fällt, sodass beim Widerruf der Zusicherung der Verleihung das Unionsrecht zu beachten ist; zudem steht eine weitere Frage zur Spezifizierung im Raum

VERWALTUNGSGERICHE

BVwG 11.07.2019, [W131 2219333-2](#)

BundesvergabeG; beim **zweistufigen Vergabeverfahren** hat eine **Subunternehmerablehnung** zu erfolgen, wenn die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt ein Verbesserungsverfahren beim Teilnahmeantrag vorsieht

LVwG Nö 18.02.2020, [LVwG-AV-283/002-2018](#)

Nö BauO; Nö ROG; bei der Prüfung der Belichtung der Hauptfenster ist zukünftig, iSe **geordneten Bebauungsplanung** bewilligungsfähiger Gebäude der Nachbarn, gem § 6 Abs 2 Z 3 Nö BauO stets die im Zeitpunkt der **Erteilung der Bewilligung geltende Rechtslage** anzuwenden; selbst wenn § 6 Abs 1 Z 3 Nö BauO in der Stammfassung iVm § 70 Abs 10 leg cit idF LGBl 50/2017 so ausgelegt würde, dass auch die Prüfung der Belichtung der Hauptfenster eines zukünftig zulässigen Gebäudes nach der Nö BauO idF LGBl 106/2016 zu erfolgen hat, ist davon auszugehen, dass der nunmehr in § 49 Abs 3a leg cit idF LGBl 53/2018 ausdrücklich niedergelegte Grundsatz implizit auch der Nö BauO in den Fassungen vor der Novelle LGBl 53/2018 zu Grunde liegt, es sich also bei § 49 Abs 3a leg cit nur um eine Klarstellung handelt

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

03.03.2020, [Rs C-75/18, Vodafone Magyarország](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Niederlassungsfreiheit – Steuer auf den Umsatz von **Telekommunikationsunternehmen** – **Progressive Steuer**, die Unternehmen, deren Eigentümer natürliche oder juristische Personen aus anderen Mitgliedstaaten sind, stärker trifft als inländische Unternehmen – Für alle Steuerpflichtigen geltende Tarifstufen der progressiven Steuer – Neutralität der **Umsatzhöhe als Unterscheidungskriterium** – Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen – Staatliche Beihilfen – Gemeinsames Mehrwertsteuersystem – Umsatzsteuern – Begriff

[03.03.2020, Rs C-125/18, Gómez del Moral Guasch](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 93/13/EWG – Missbräuchliche Klauseln in Verbraucherverträgen – Hypothekendarlehensvertrag – **Variabler Zinssatz** – Auf den Hypothekendarlehen der Sparkassen beruhender **Referenzindex** – Index, der sich aus einer Rechts- oder Verwaltungsvorschrift ergibt – Einseitige Einführung einer solchen Klausel durch den Gewerbetreibenden – Kontrolle der Transparenzpflichten durch den nationalen Richter – Folgen der Feststellung der **Missbräuchlichkeit der Klausel**

[03.03.2020, Rs C-323/18, Tesco-Global Áruházak](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Niederlassungsfreiheit – Steuer auf den Umsatz des **Einzelhandels in Verkaufsräumen** – **Progressive Steuer**, die Unternehmen, deren Eigentümer natürliche oder juristische Personen aus anderen Mitgliedstaaten sind, stärker trifft als inländische Unternehmen – Für alle Steuerpflichtigen geltende Tarilstufen der progressiven Steuer – Neutralität der **Umsatzhöhe als Unterscheidungskriterium** – Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen – Staatliche Beihilfen

[03.03.2020, Rs C-482/18, Google Ireland](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Freier Dienstleistungsverkehr – Art 56 AEUV – Beschränkungen – Steuerliche Vorschriften – **Umsatzbasierte Steuer auf Werbetätigkeiten** – Pflichten bezüglich der Registrierung bei der Steuerverwaltung – **Diskriminierungsverbot** – Geldbußen – Grundsatz der Verhältnismäßigkeit

[03.03.2020, Rs C-717/18, X \(Mandat d'arrêt européen - Double incrimination\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2002/584/JI – **Europäischer Haftbefehl** – Art 2 Abs 2 – Vollstreckung eines Europäischen Haftbefehls – Wegfall der Überprüfung des Vorliegens der **beiderseitigen Strafbarkeit** – Voraussetzungen – Straftat, die im Ausstellungsmitgliedstaat mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens drei Jahren bedroht ist – **Änderung des Strafrechts** des Ausstellungsmitgliedstaats zwischen dem Zeitpunkt der Handlungen und dem Zeitpunkt der Ausstellung des Europäischen Haftbefehls – Bei der Prüfung der Schwelle des Höchstmaßes der Strafe von mindestens drei Jahren heranzuziehende Fassung des Gesetzes

[04.03.2020, Rs C-10/18 P, Marine Harvest/Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen** – Verordnung (EG) Nr 139/2004 – Art 4 Abs 1 – Pflicht zur vorherigen Anmeldung von Zusammenschlüssen – Art 7 Abs 1 – **Stillhaltepflicht** – Art 7 Abs 2 – Befreiung – Begriff ‚einziger Zusammenschluss‘ – Art 14 Abs 2 – Beschluss zur **Verhängung von Geldbußen** wegen des Vollzugs eines Zusammenschlusses vor dessen Anmeldung und Genehmigung – Grundsatz ne bis in idem – Anrechnungsprinzip – Zusammenreffen von Zuwiderhandlungen

[04.03.2020, verb Rs C-155/18 P bis C-158/18 P, Tulliallan Burlington/EUIPO](#)

Rechtsmittel – Unionsmarke – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – **Wort- und Bildmarken** ‚BURLINGTON‘ – **Widerspruch des Inhabers** der älteren Wort- und Bildmarken ‚BURLINGTON‘ und ‚BURLINGTON ARCADE‘ – Art 8 Abs 1 Buchst b – **Verwechslungsgefahr** – Abkommen von Nizza – Klasse 35 – Begriff ‚Einzelhandelsdienstleistungen‘ – Art 8 Abs 4 – Widerrechtliche Aneignung – Art 8 Abs 5 – Wertschätzung – Beurteilungskriterien – Ähnlichkeit zwischen den Waren und den Dienstleistungen – Zurückweisung des Widerspruchs

[04.03.2020, Rs C-183/18, Bank BGŻ BNP Paribas](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts – Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen – Rahmenbeschluss 2005/214/JI – **Anerkennung und Vollstreckung von Geldstrafen** oder Geldbußen, die gegen **juristische Personen** verhängt werden – Unvollständige Umsetzung eines Rahmenbeschlusses – Pflicht zur unionsrechtskonformen Auslegung des nationalen Rechts – Umfang

[04.03.2020, Rs C-328/18 P, EUIPO/Equivalenza Manufactory](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Art 8 Abs 1 Buchst b – Verwechslungsgefahr – Beurteilung der Ähnlichkeit der einander gegenüberstehenden Zeichen – Umfassende **Beurteilung der Verwechslungsgefahr** – Berücksichtigung der **Vermarktungsbedingungen** – Neutralisierung einer klanglichen Ähnlichkeit durch Unterschiede in Bild und Bedeutung – Voraussetzungen für die Neutralisierung

[04.03.2020, Rs C-586/18 P, Buonotourist/Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Staatliche Beihilfen – Unternehmen, das Netze von **Autobusverbindungen** in der Region Kampanien (Italien) betreibt – Von den italienischen Behörden infolge einer Entscheidung des Consiglio di Stato (Staatsrat, Italien) gezahlte **Ausgleichsleistung** für **gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen** – Beschluss der Europäischen Kommission, mit dem die Beihilfemaßnahme für rechtswidrig und mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt wird

[04.03.2020, Rs C-587/18 P, CSTP Azienda della Mobilità/Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – Staatliche Beihilfen – Unternehmen, das Netze von **Autobusverbindungen** in der Region Kampanien (Italien) betreibt – Von den italienischen Behörden infolge einer Entscheidung des Consiglio di Stato (Staatsrat, Italien) **gezahlte Ausgleichsleistung** für **gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen** – Beschluss der Europäischen Kommission, mit dem die Beihilfemaßnahme für rechtswidrig und mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärt wird

[04.03.2020, Rs C-655/18, Schenker](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Zollunion – Verordnung (EU) Nr 952/2013 – **Entziehung** aus der **zollamtlichen Überwachung** – Diebstahl von in das Zolllagerverfahren übergeführten Waren – Art 242 – Für die Entziehung Verantwortlicher – Inhaber der Zolllagerbewilligung – Sanktion wegen eines **Verstoßes** gegen die **Zollvorschriften** – Art 42 – Verpflichtung zur Zahlung eines dem Wert der fehlenden Waren entsprechenden Betrags – Kumulierung mit einer finanziellen Sanktion – Verhältnismäßigkeit

[04.03.2020, Rs C-34/19, Telecom Italia](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Telekommunikationsdienste – Einführung eines **offenen Netzzugangs** – Richtlinie 97/13/EG – **Gebühren und Abgaben** für Einzelgenehmigungen – Übergangsregelung, mit der eine Abgabe eingeführt wird, die über die durch die Richtlinie 97/13/EG zugelassenen hinausgeht – Rechtskraft eines Urteils eines übergeordneten Gerichts, das als unionsrechtswidrig eingestuft wird

[05.03.2020, Rs C-211/18, Idealmed III](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuern – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112/EG – Art 132 Abs 1 Buchst b – Befreiungen – **Krankenhausbehandlungen** und ärztliche Heilbehandlungen – **Krankenhauseinrichtungen** – Leistungen, die unter Bedingungen erbracht werden, die mit den Bedingungen für Einrichtungen des öffentlichen Rechts in sozialer Hinsicht vergleichbar sind – Art 377 und 391 – Ausnahmen – Möglichkeit der **Wahl der Besteuerungsregelung** – Beibehaltung der Besteuerungsregelung – Änderung der Umstände der Ausübung der wirtschaftlichen Tätigkeit

[05.03.2020, Rs C-679/18, OPR-Finance](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 2008/48/EG – Verbraucherkreditverträge – Art 8 – Verpflichtung zur Überprüfung der **Kreditwürdigkeit des Verbrauchers** durch den Kreditgeber – Nationale Regelung – Möglichkeit zur Geltendmachung der **Verjährung** bei Einwendung der **Nichtigkeit des Vertrags** durch den Verbraucher – Art 23 – Sanktionen – Wirksamkeit, Verhältnismäßigkeit und Abschreckung – Nationales Gericht – Prüfung der Einhaltung dieser Verpflichtung von Amts wegen

[05.03.2020, Rs C-766/18 P, Foundation for the Protection of the Traditional Cheese of Cyprus named Halloumi/EUIPO](#)

Rechtsmittel – **Unionsmarke** – Verordnung (EG) Nr 207/2009 – Widerspruch – Art 8 Abs 1 Buchst b – **Verwechslungsgefahr** – Beurteilungskriterien – Anwendbarkeit im Fall einer **älteren Kollektivmarke** – Wechselbeziehung zwischen der Ähnlichkeit der einander gegenüberstehenden Marken und der Ähnlichkeit der mit ihnen gekennzeichneten Waren oder Dienstleistungen

[05.03.2020, Rs C-48/19, X \(Exonération de TVA pour des consultations téléphoniques\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Steuerwesen – Gemeinsames **Mehrwertsteuersystem** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 132 Abs 1 Buchst c – Befreiungen – **Heilbehandlungen** im Bereich der Humanmedizin, die im Rahmen der Ausübung der ärztlichen und arzttähnlichen Berufe durchgeführt werden – **Telefonisch erbrachte Leistungen** – Leistungen, die von Krankenpflegern und medizinischen Fachangestellten erbracht werden

05.03.2020, Rs C-69/19 P, *Credito Fondiario/CRU*

Rechtsmittel – Wirtschafts- und Währungsunion – **Bankenunion** – Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen – Einheitlicher Abwicklungsmechanismus für Kreditinstitute und bestimmte Wertpapierfirmen (SRM) – Einheitlicher Abwicklungsausschuss (SRB) – Einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) – **Festsetzung** des im **Voraus erhobenen Beitrags** für das Jahr 2016 – Nichtigkeitsklage – Klagefrist – Verspätung – Einrede der Rechtswidrigkeit – Offensichtliche Unzulässigkeit

05.03.2020, Rs C-100/19, *Viasat UK und Viasat*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Telekommunikationssektor – Harmonisierte **Nutzung von Funkfrequenzen** in den 2-GHz-Frequenzbändern für die Einrichtung von **Satellitenmobilfunksystemen** – Entscheidung Nr 626/2008/EG – Art 4 Abs 1 Buchst c, Art 7 Abs 1 und Art 8 Abs 1 – **Ergänzende Bodenkomponenten** – Von den Mitgliedstaaten erteilte Genehmigungen – Verpflichtung des Betreibers, einen bestimmten Anteil der Bevölkerung und der Fläche zu versorgen – Nichteinhaltung – Auswirkung

05.03.2020, Rs C-135/19, *Pensionsversicherungsanstalt (Prestation pour la rééducation)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Soziale Sicherheit der **Wandererwerbstätigen** – Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit – Verordnung (EG) Nr 883/2004 – Art 3 und 11 – Sachlicher Geltungsbereich – In den Geltungsbereich dieser Verordnung fallende Leistungen – Einstufung – Leistung bei Krankheit – Leistung bei Invalidität – Leistung bei Arbeitslosigkeit – Person, die in einem Mitgliedstaat nicht mehr sozialversichert ist, nachdem sie dort ihre **Erwerbstätigkeit aufgegeben** und ihren Wohnsitz in einen anderen Mitgliedstaat verlegt hat – **Antrag auf Rehabilitationsgeld** im alten Wohn- und Beschäftigungsmitgliedstaat – Ablehnung – Bestimmung der anzuwendenden Rechtsvorschriften

B. SCHLUSSANTRÄGE

03.03.2020, Rs C-791/18, *Stichting Schoonzicht (GA Bobek)*

Vorabentscheidungsersuchen – Mehrwertsteuer – **Berichtigung des Vorsteuerabzugs** – Investitionsgüter – Unterschied zwischen **beabsichtigter Verwendung** und erstmaliger **tatsächlicher Verwendung** – Richtlinie 2006/112/EG – Art 185 und 187 – Anwendbarkeit

03.03.2020, Rs C-24/19, *A ua () und Nevele (GA Sánchez-Bordona)*

Vorabentscheidungsverfahren – Richtlinie 2001/42/EG – **Prüfung der Umweltauswirkungen** bestimmter Pläne und Programme – **Strategische Umweltprüfung** – Begriff der Pläne und Programme – Bedingungen für die **Errichtung von Windparks**, die in einem Erlass und einem Runderlass festgelegt sind – Rechtsfolgen des Unterbleibens einer strategischen Umweltprüfung – Befugnis des nationalen Gerichts, die Wirkungen nationaler Instrumente vorläufig aufrechtzuerhalten

04.03.2020, verb Rs C-807/18 u C-39/19, *Telenor Magyarország (GA Sánchez-Bordona)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Telekommunikation – Verordnung (EU) 2015/2120 – Art 3 – **Rechte der Endnutzer** – Zugang zum offenen Internet – **Neutralität** – Vereinbarungen oder Geschäftsgepflogenheiten, die die Ausübung dieser Rechte einschränken – Nulltarif – **Vorzugsbehandlung** für bestimmte Anwendungen – Blockierung oder Verlangsamung des Verkehrs

04.03.2020, Rs C-61/19, *Orange Romania (GA Szpunar)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 95/46/EG – Verordnung (EU) 2016/679 – Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung **personenbezogener Daten** und freier Datenverkehr – Mobiltelekommunikationsdienste – **Begriff der Einwilligung** der betroffenen Person – Willensbekundung für den konkreten Fall und in Kenntnis der Sachlage – Einwilligungserklärung mittels **Ankreuzkästchen** – Beweislast

04.03.2020, Rs C-104/19, *Donex Shipping and Forwarding (GA Pitruzzella)*

Vorlage zur Vorabentscheidung – Handelspolitik – **Antidumpingzölle** – Gültigkeit der Verordnung (EG) Nr 91/2009 – Einführen bestimmter Verbindungselemente aus **Eisen oder Stahl** mit Ursprung in China – Verordnung (EG) Nr 384/96 – Art 2 Abs 10 – Art 6 Abs 7 und Art 19 und 20 – Verfahrensrechte – Verletzung der Verteidigungsrechte – **Einführer der Union**, der nicht am Antidumpingverfahren beteiligt war

[04.03.2020, Rs C-402/19, CPAS de Seraing \(GA Pikamäe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Einwanderungspolitik – **Rückführung** illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger – **Elternteil** eines schwer **kranken minderjährigen Kindes**, das während eines Berufungsverfahrens gegen die Zurückweisung eines Antrags auf Aufenthaltserlaubnis die Volljährigkeit erreicht hat – Anweisung, das Staatsgebiet zu verlassen – Richtlinie 2008/115 – Art 13 – Gerichtlicher Rechtsbehelf mit aufschiebender Wirkung – Art 14 – Garantien bis zur Rückkehr – Grundbedürfnisse – Bewilligung von Sozialhilfe für einen Elternteil – Charta der Grundrechte der Europäischen Union – Art 7, 24 und 47 – Abhängigkeitsverhältnis zwischen dem Elternteil und dem schwer kranken Kind

[05.03.2020, Rs C-66/18, Kommission/Ungarn \(Enseignement supérieur\) \(GA Kokott\)](#)

Vertragsverletzungsverfahren – Art 258 AEUV – Zuständigkeit des Gerichtshofs – Verstoß eines Mitgliedstaats gegen Verpflichtungen aus dem Allgemeinen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (**GATS**) – Dienstleistungsfreiheit – Richtlinie 2006/123/EG – Art 16 – Art 56 AEUV – Niederlassungsfreiheit – Art 49 AEUV – Bildungsdienstleistungen – Hochschulunterricht – **Drittstaatsangehöriger Dienstleistungserbringer** – Gesetzliche Voraussetzungen für die **Erbringung von Bildungsdienstleistungen** in einem Mitgliedstaat – Erfordernis eines völkerrechtlichen Vertrags mit dem Herkunftsstaat – Erfordernis einer tatsächlichen Lehrtätigkeit im Herkunftsstaat – Anwendbarkeit der Grundrechtecharta – Art 13 – Wissenschaftsfreiheit – Art 14 Abs 3 – Freiheit zur Gründung von Lehranstalten

[05.03.2020, verb Rs C-674/18 u C-675/18, TMD Friction \(GA Tanchev\)](#)

Vorlagen zur Vorabentscheidung – Sozialpolitik – Richtlinie 2001/23/EG – Wahrung von **Ansprüchen der Arbeitnehmer** beim **Übergang von Unternehmen**, Betrieben oder Unternehmens- oder Betriebsteilen – Art 3 und 5 – Richtlinie 2008/94/EG – Wahrung von Ansprüchen der Arbeitnehmer bei **Zahlungsunfähigkeit des Arbeitgebers** – Art 8 der Richtlinie 2008/94 – Zusatzversorgungsleistungen – Frage nach dem Übergang der Haftung für Zusatzversorgungsleistungen für Arbeitnehmer eines von einem zahlungsunfähigen Veräußerer übergebenen Unternehmens auf den Erwerber

C. GERICHT

Keine relevanten Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

03.03.2020, Beschwerde Nr [66448/17](#), *Baş / Türkei*

Verletzung von **Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit) und **Art 5 Abs 4 EMRK** (Recht auf rasche Überprüfung der Rechtmäßigkeit der Inhaftierung); Verhängung der **Untersuchungshaft** gegen einen ehemaligen **Richter (Bf)** nach einem Putschversuch; kein begründeter Verdacht der Mitgliedschaft in einer kriminellen Organisation, um die Länge der Untersuchungshaft zu rechtfertigen; Ausdehnung des Tatbestands war unverhältnismäßig

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Annreither, Univ.-Ass. Mag. Nicole Traußner, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heiml, Wiss.-Mit. Mag. Clara Buder, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.